

Rede des Oberbürgermeisters Sören Link

zum Haushalt 2027/2028

(Es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Ratsmitglieder,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

wer mich kennt, der weiß: Ich rede Klartext. Und darum werden Sie von mir heute keine beschönigenden Worte hören. Und wer mich kennt, der weiß auch: Ich bin niemand, der sich wegduckt – auch in dieser schwierigen Finanzlage nicht. Zu den Einzelheiten der aktuellen Zahlen, die uns nicht in Panik versetzen, aber sehr ernst und ernüchternd sind, wird Martin Murrack im Anschluss Auskunft geben.

Vorab: Der Ihnen vorliegende Haushaltsplanentwurf weist für 2027 ein Defizit von 438,9 Millionen Euro aus. Niemand von Ihnen wird sich daher wundern, dass ich Ihnen angesichts dieser Zahl das Haushaltssicherungskonzept für die kommenden zehn Jahre bis 2037 direkt mitgeliefert habe.

Die angespannte Haushalts-Situation ist allerdings keineswegs hausgemacht. Und sie ist auch kein Duisburger Phänomen. Überall im Land sehen wir, dass Kommunen ins Schleudern geraten. Sowohl in der näheren Region – in Städten wie Düsseldorf, Köln, Mönchengladbach und Bonn – aber auch in Nürnberg, München oder Hannover sind die Kassen leer. Betroffen ist fast jede deutsche Großstadt. Das ist ein flächendeckendes Problem. Und das ist fraglos ein Riesen-Dilemma. Insgesamt sprechen wir von einem Bundesdefizit von 30 Milliarden Euro.

Ja, manche Entwicklung war absehbar. Schon bei der Einbringung des jetzt auslaufenden Doppelhaushalts im September 2024, als ich Sie auf die veränderten Voraussetzungen und sich verschlechternden Rahmenbedingungen aufmerksam machte. Und erst recht im letzten Jahr, woraufhin wir in Duisburg eine restriktive Haushaltsführung verhängten.

Den Negativtrend habe ich jeweils klar benannt und keinen Hehl aus der angespannten Lage gemacht. Weil gestern wie heute gilt: Es wäre unlauter, das Blaue vom Himmel zu versprechen, wenn bereits dunkle Wolken am Horizont aufziehen. Allerdings will ich freimütig einräumen, dass wir das Tempo, die Dimension und die Vehemenz jüngster Entwicklungen, auf die wir als Kommune keinen beziehungsweise kaum Einfluss nehmen können, unterschätzt haben.

Die anhaltende Misere der Stahlindustrie und die jüngsten Nackenschläge für den Industrie-Standort Duisburg haben Konsequenzen für die gesamte Stadtgesellschaft. Hinzu kommen auf nationaler und europäischer Ebene die Folgen kriegerischer Auseinandersetzungen und steigende Preise, insbesondere der Preise für Energie, was unserer energieintensiven Industrie ganz besonders zu schaffen macht. Die Auswirkungen betreffen letztlich unsere Bürgerinnen und Bürger. Und das bekommen auch wir in der Verwaltung zu spüren. Wer

glaubt, diese Entwicklungen hätten keinen Einfluss auf die Haushaltslage von Kommunen, der denkt realitätsfern und versteckt seine Blauäugigkeit hinter rosaroten Brillengläsern.

Konkret und überwiegend ausschlaggebend für das jetzige Minus, das in Duisburg und anderswo ausgeglichen werden muss, sind

- die Entwicklungsdynamik der Soziallasten,
- die Personalentwicklungskosten und
- die Zinsbelastung vor dem Hintergrund einer einbrechenden Binnenkonjunktur.

Meine Damen, meine Herren, in Düsseldorf und in Berlin werden weiterhin die Gesetze und Vorgaben gemacht – und wir haben die Arbeit. Und wir müssen bezahlen. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch: In Duisburg scheut man sich vor Arbeit nicht. Aber das Problem ist und bleibt das Alte: Die Aufgaben, die wir hier erledigen, werden vom Gesetzgeber nicht auskömmlich finanziert.

Der Stadtkämmerer und ich bringen uns deshalb in Gremien und Verbänden ein. Auf die Unterfinanzierung unseres Haushaltes haben wir stets hingewiesen und auch die Verantwortlichen auf Landes- und Bundesebene konkret adressiert. Und wir haben auch erste Erfolge erzielt:

Gerne erkenne ich an, dass Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Altschuldenregelung des Landes rund 280 Millionen Euro bereitstellt. Und es ist ein kleines, aber ermutigendes Signal aus Düsseldorf, dass sich der Verbundsatz – also unser städtischer Anteil an Gemeinschafts- und Grunderwerbssteuern - im kommenden Jahr um 0,5 Prozentpunkte erhöhen wird. Auch der Bund bewegt sich mit dem jüngsten Beschluss zur Veranlassungs-Konnexität in die richtige Richtung. Aber: Das reicht nicht! Weil es ohne angemessene und stärkere Unterstützung von Land und Bund schlichtweg nicht zu schaffen ist. In Zukunft muss daher verstärkt gelten: Wer die Musik bestellt, der muss sie auch bezahlen! Denn selbst der fleißigste Stahlkocher kann einen Hochofen schließlich nicht auf Betriebstemperatur halten, wenn er nur Streichhölzer ausgehändigt bekommt.

Ob beim Bund bezüglich der Kosten der Unterkunft oder der Hilfen zur Erziehung, ob beim Land durch die Unterfinanzierung des Kinderbildungsgesetzes oder die Kürzungen im Sozialbereich: Man lässt uns einmal mehr finanziell im Regen stehen. Einmal mehr verspreche aber auch ich: Ich werde – gemeinsam mit Martin Murrack und anderen – nicht nachlassen, für die berechtigten Forderungen unserer Stadt zu kämpfen.

Natürlich müssen wir auch in Duisburg unsere Hausaufgaben machen. Bestimmt würden wir manche unserer Entscheidungen, die in der Vergangenheit richtig erschien, aus heutiger Sicht anders treffen. Dennoch dürfen wir das Heft des Handelns heute nicht aus der Hand geben, indem wir unseren Haushalt unter Fremdverwaltung stellen. Wir müssen selbst entscheiden können, wo der Hebel angesetzt wird, und vorgeben, wo Geld eingespart werden kann. In dieser Situation die Brocken hinzuwerfen, wäre fatal. Ich stehe dafür: Gemeinschaftlich krempeln wir die Ärmel hoch und packen an. Damit unsere Stadt nicht von anderen kaputtgespart wird. Vielmehr müssen wir die Steuerungsmöglichkeiten, die uns als Stadt zur Verfügung stehen, entsprechend ausschöpfen.

Dass wir eine Wende bewerkstelligen können, haben wir in der Vergangenheit bereits nachgewiesen: Die Situation im Jahre 2012 hat uns gelehrt, dass man im Schulterschluss vieles bewegen kann. Wir haben unsere Erfahrungen gemacht, wir wissen, wie es geht. Damals haben wir nicht einmal den gesamten HSP-Zeitraum benötigt – schon nach drei Jahren hatten wir den Kopf wieder über Wasser und die schwarze Null erreicht. Auch dank der

Stadttöchter, die uns auf dem Konsolidierungskurs unterstützt und manches erst ermöglicht haben.

Deshalb muss es unser Anspruch sein, den Karren mittelfristig wieder selbst aus dem Dreck zu ziehen. Mit dem Know-how und der Mentalität, die uns Duisburgerinnen und Duisburgern zu eigen ist. So etwas lässt sich nicht von Düsseldorfer Sparkommissaren verordnen, das gelingt nur in Eigenregie. Und ich bin mehr als zuversichtlich, dass wir es mit gemeinschaftlicher Anstrengung auch dieses Mal schnell hinbekommen, den Haushalt zu sanieren.

Meine Damen, meine Herren, die erfolgreiche Bewältigung der Haushaltsprobleme in der Vergangenheit hat uns auch noch etwas anderes vor Augen geführt: Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt ziehen mit – wenn wir die notwendigen Maßnahmen gut kommunizieren und wenn die Menschen die Gewissheit haben, dass es bei den Sparmaßnahmen fair zugeht. Und diese Gewissheit können sie auch in Zukunft haben.

Keine Frage, es wird zu schmerzhaften Einschnitten kommen. Manche Medizin wird bitter schmecken. Gleichwohl investieren wir weiterhin in das Verkehrswesen, in die Bildung und Leistungen für Familien. Damit unterfüttern wir das nötige Fundament und legen die Basis für die Zukunft. Wir bauen weiterhin Schulen, Kitas und Sportstätten und auch das dringend benötigte Tierheim, wir fördern den offenen Ganzttag und sanieren Straßen. Auch der Ausbau des Straßenbahnverkehrs wird fortgesetzt – die Taktverdichtung und die Ausstattung mit neuen Fahrzeugen werden sich positiv bemerkbar machen.

Zudem haben wir in den besseren Jahren viele Maßnahmen zur Strukturverbesserung angestoßen und initiiert, haben neue Flächen für Unternehmen ausgewiesen, die Wirtschaftsförderung und die Vermarktung von Gewerbeflächen intensiviert. Um Unternehmen in Duisburg zu halten oder nach Duisburg zu holen, die hier investieren und Arbeitsplätze schaffen. Damit Duisburg auch in Zukunft ein starker und attraktiver Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungs-Standort bleibt, will ich daran nichts ändern. Vielmehr unternehmen wir alles, was in unserer Macht steht, um die Konsolidierung ohne Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer voranzutreiben.

Meine Damen, meine Herren, auch der Faktor „Mensch“ bleibt entscheidend. Deshalb haben wir auch neue Wohngebiete zum Beispiel in Wedau ausgewiesen. Die Rechnung ist einfach: Mehr Einwohner erhöhen die Kaufkraft, mehr Steuerzahler erhöhen unsere Einnahmen. Ich bin überzeugt davon, dass wir von diesen Projekten in absehbarer Zeit profitieren werden und die entsprechende Ernte einfahren. Wir haben vorgebaut und sind mit den uns zu Verfügung stehenden Geldern ebenso verantwortungsvoll wie zukunftsorientiert umgegangen. Diese Weitsicht wird sich auszahlen.

Die aktuelle Lage, so herausfordernd sie auch sein mag, wollen wir als Chance begreifen. Wir nehmen Tempo auf beim Bürokratieabbau in der Verwaltung: Abläufe werden gestrafft, digitalisiert und an die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger angepasst. Damit einhergehend fallen im HSP-Zeitraum rund 900 Stellen weg, wobei mir wichtig ist, das Folgende zu betonen: Wir schaffen ein Gleichgewicht zwischen Kosteneinsparungen und einem langfristigen Personalabbau. Um es noch einmal klarzumachen: Wir reden von einem Abbau von Stellen, nicht von Entlassungen! Hier agieren wir partnerschaftlich und auf Augenhöhe mit unserer Belegschaft.

Auch in Zukunft wollen wir ein starker und verlässlicher Arbeitgeber sein. Und nicht zuletzt die Ausbildung ist uns wichtig – dort genießen wir ein hohes Niveau, das wir halten müssen. Denn

gerade in Krisenzeiten brauchen wir Menschen, die anpacken. Und wir brauchen Fachleute, um Prozesse zu verschlanken und die Zukunft der Verwaltung im Sinne der Duisburgerinnen und Duisburger aktiv gestalten zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Sparkurs in Eigenverantwortung ist der einzige Weg. Alle anderen Optionen sind schlechtere Optionen. Denn die Ausgestaltung und Umsetzung beispielsweise eines nicht genehmigten Haushaltes oder eines Haushaltes unter Fremdverwaltung ist höchst problematisch und hat Folgen, die wir weder absehen noch abfedern können. Stattdessen müssen wir mit Selbstbewusstsein an die Aufgabe gehen, unseren Haushalt wieder auf stabile Beine zu stellen. Indem wir sparen, wo es möglich ist. Indem wir investieren, wo es nötig ist. Und indem wir dort Unterstützung einfordern, wo Hilfe von höherer Stelle unerlässlich ist.

Diesen Weg, meine Damen und Herren, möchte ich gemeinsam mit Ihnen gehen. Wir haben in der Vergangenheit bereits vieles zusammen angestoßen und nach intensiven Beratungen auch schwierige Entscheidungen gemeinsam getroffen. Dafür möchte ich Ihnen danken. Und ich hoffe, dass wir diesen Prozess fortsetzen. Wir können intensiv debattieren – aber ebenso konstruktiv müssen wir auch agieren. Denn es geht um die Stadt, für die wir gemeinsam Verantwortung tragen.

Vielen Dank!